

»A33 schnell weiterbauen«

Ralph Brinkhaus zu Gast im Rathaus

Steinhagen (sg). Der neue Bundestagsabgeordnete Ralph Brinkhaus (CDU) sieht sich in seiner Funktion in Berlin weniger als Parteipolitiker, sondern mehr als Kämpfer für den Kreis Gütersloh. Dies hat er gestern bei seinem Antrittsbesuch in der Gemeinde Steinhagen deutlich gemacht.

Der Besuch im Rathaus bot Bürgermeister Klaus Besser (SPD) Gelegenheit, »zu sagen, wo der Schuh drückt«. Um das Thema Steuersenkungen und die Auswirkungen auf den Steinhagener Haushalt kamen die Gesprächspartner nicht herum. »Schließlich hängen die Kommunen mit drin«, so Besser. Ein weiterer Punkt, der dem Gemeindeoberhaupt derzeit unter den Nägeln brennt, ist die Breitbandverkabelung (das WESTFALEN-BLATT berichtete gestern exklusiv). »Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag bezüglich der Verkabelung sollen den ländlichen Raum stärken. Das macht auch Steinhagen zu einem wichtigen Standort.« Damit sei ein klares Bekenntnis zum ländlichen Raum gemacht worden, sagte Brinkhaus. »Wir müssen aufpassen, dass dieser nicht ins Hintertreffen gerät.« Ziel sei es, die Lebensqualität hochzuhalten, Arbeitsplätze zu schaffen und den

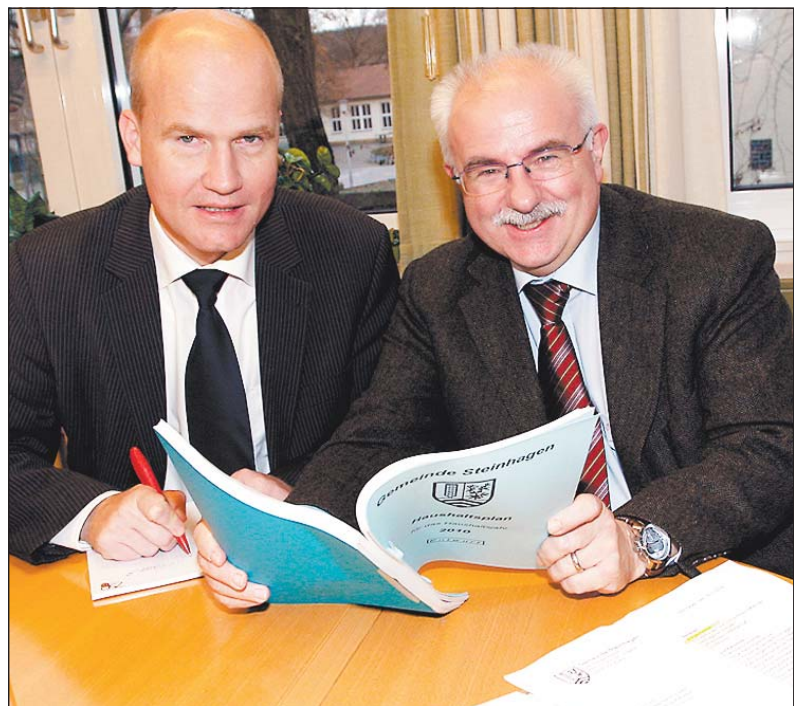
Standort zu sichern. Besonders wichtig sei es jetzt, die Infrastrukturprojekte wie die A 33 abzuschließen. »Dabei ist es auch für Halle wichtig, dass die A 33 nicht an der Anschlussstelle Künsebeck aufhört«, betonte Brinkhaus.

Auch die ärztliche Versorgung sowie die Sicherung der Schulstruktur kamen zur Sprache. »In diesen Bereichen müssen wir im ländlichen Raum zusammenhalten.« Brinkhaus sagte, er habe sich vorgenommen, den Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen im Kreis Gütersloh den Rücken frei zu halten und alle Türen die möglich seien zu öffnen. Brinkhaus nannte seine vordringlichsten Ziele: Bürokratieabbau sowie ein vereinfachtes und gerechtes Steuersystem, die Stabilisierung der Staatsfinanzen und die Investition in Bildung in Forschung.

»Die Breitbandverkabelung soll den ländlichen Raum stärken.«

Ralph Brinkhaus

In einem Punkt konnte er dem Steinhagener Bürgermeister jedoch nicht weiterhelfen. Den ärgert nämlich der Aufwand, den die Verwaltung mit den Vollstreckungsgesuchen der Gebühreneinzugszentrale hat. »Sie machen ein Drittel der Gesuche von anderen Behörden aus. Etwa fünf bis zehn bekommen wir täglich.« Ebenso raube die Erteilung der Meldeauskünfte Zeit. »Und bei der Bürgerberatung geht es oft um die Befreiung von den Rundfunkgebühren.« Dieses System gehört aus Bessers Sicht abgeschafft. Doch dieses Thema ist Ländersache.



Steuersenkungen werden die Gemeinde belasten. Auch dies ist Thema des Gesprächs zwischen dem (von links) Bundestagsabgeordneten Ralph Brinkhaus und Bürgermeister Klaus Besser gewesen. Foto: Sonja Gruhn